

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 15/3137, 15/3251 Nr. 4 –**

Bericht der Bundesregierung 2001 über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung mit Beschluss vom 10. Juni 1976 beauftragt, in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Finanzleistungen der öffentlichen Hand für den ÖPNV zu berichten. Die Bundesregierung hat einen Bericht vorgelegt, welcher eine Untersuchung der Kostenunterdeckung und Finanzleistungen beinhaltet, die auf den Daten des Jahres 1998 basiert.

B. Lösung

Annahme einer EntschlieÙung, mit der die Bundesregierung gebeten wird, im Zusammenwirken mit den Ländern einen Bericht zur Vergabepaxis im Schienenpersonennahverkehr nach Änderung der Vergabeverordnung vom 1. Dezember 2002 vorzulegen.

Einstimmige Annahme einer EntschlieÙung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 15/3137 – folgende Entschließung anzunehmen:

Die Bundesregierung wird gebeten, im Zusammenwirken mit den Ländern einen Bericht zu erstellen, der die Erfahrungen zur Vergabepraxis im Schienenpersonennahverkehr in den Ländern nach Änderung der Vergabeverordnung vom 1. Dezember 2002 widerspiegelt. Dabei soll dargestellt werden, wie anteilmäßig die Vergaben durch Ausschreibung, freihändige Vergabe oder im Rahmen des Verhandlungsverfahrens erfolgt sind. Ferner sollte auch dargestellt werden, ob Direktvergaben außerhalb eines Wettbewerbsverfahrens stattgefunden haben.

Berlin, den 9. November 2004

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Klaus Hofbauer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Klaus Hofbauer

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 15/3137 wurde am 28. Mai 2004 dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung dient der Umsetzung eines Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 10. Juni 1976, in dem die Bundesregierung beauftragt wurde, in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Finanzleistungen der öffentlichen Hand für den ÖPNV zu berichten. Für den vorliegenden Bericht hat die Bundesregierung eine Untersuchung der

Kostenunterdeckung und Finanzleistungen durchgeführt, die auf den Daten des Jahres 1998 basiert.

III. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung in seiner 56. Sitzung am 20. Oktober 2004 beraten. Die Fraktion der CDU/CSU hat dazu einen Entschließungsantrag eingebracht (Ausschussdrucksache 15(14)1428). Im Verlauf der Sitzung verständigten sich die Fraktionen auf der Basis dieses Antrags auf einen **gemeinsamen Antrag** aller Fraktionen (Ausschussdrucksache 15(14)1428 neu). Dessen Inhalt ergibt sich aus der Beschlussempfehlung. Der gemeinsame Antrag auf Ausschussdrucksache 15(14)1428 neu wurde einstimmig angenommen. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung wurde zur Kenntnis genommen.

Berlin, den 9. November 2004

Klaus Hofbauer
Berichterstatter

